

16. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 1. Juni 1949.

346/J

A n f r a g e

der Abg. A i g n e r , Dr. P i t t e r m a n n und Genossen
an den Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung,
betreffend Verwaltung des Gemeinnützigen Wohnungsunternehmens Linz (GEWOGE).

---:---:---

Die verstaatlichten Linzer Stickstoffwerke verwalteten bisher als seinerzeitiger Zweigbetrieb der IG-Farben Ludwigshafen die ursprünglich für die Betriebsarbeiter errichtete Siedlung GEWOGE in Linz. Seitens des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung wurde die bisher von den Stickstoffwerken geführte Verwaltung der Siedlung einem eigenen öffentlichen Verwalter übertragen. Infolge der gemeinsamen Verwaltung war es den Stickstoffwerken möglich, die Mietzinse niedrig zu halten und trotzdem kriegsbeschädigte Wohnungen instand zu setzen und alle Wohnungen instand zu halten. Eine Sonderverwaltung des Gemeinnützigen Wohnungsunternehmens bedeutet einen Verlust aller Zuwendungen, die bisher an diese hauptsächlich als Werkwohnung in Anspruch genommene Siedlung geleistet werden konnten. Tatsächlich wurden seitens der neu eingesetzten Verwaltung Einhebung kostendeckender Mieten und äusserste Verringerung der Instandhaltungskosten gefordert.

Abschliessend sei noch erwähnt, dass anlässlich der Überprüfung bei Neubestellung der Verwaltung an den früheren Verwalter, seitens des Überprüfungsorganes, Diplomkaufmann Seitz, die Frage nach seiner parteipolitischen Einstellung gerichtet wurde.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung die nachstehende

A n f r a g e :

- 1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus die Gründe bekannt zu geben, warum die Trennung des Gemeinnützigen Wohnungsunternehmens von der Verwaltung der verstaatlichten Österreichischen Stickstoffwerke durchgeführt wurde?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Wunsch der Belegschaft des Betriebes dahingehend Rechnung zu tragen, dass die frühere gemeinsame Verwaltung wieder hergestellt werde?

---:---:---